



EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTS- UND PARTNERSCHAFTSINSTRUMENT

UKRAINE

**LÄNDERSTRATEGIEPAPIER
2007-2013**

INHALTSVERZEICHNIS:

ZUSAMMENFASSUNG	2
1. DIE ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EG UND DER UKRAINE	2
1.1 DIE ÜBERGEORDNETEN AUßENPOLITISCHEN ZIELE DER EU	2
1.2 DIE STRATEGIEZIELE DER ZUSAMMENARBEIT EU-UKRAINE	3
2. DIE INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER UKRAINE IM ÜBERBLICK.....	4
2.1 ALLGEMEINE ASPEKTE	4
2.2 INNENPOLITIK	4
2.3 AUßENPOLITIK	5
3. DIE POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE.....	6
3.1 DIE POLITISCHE SITUATION	6
3.2 DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION UND HANDELSSTRUKTUR	7
3.3 DIE ENTWICKLUNG IM SOZIALBEREICH	9
3.4 DIE UMWELTSITUATION	9
4. DIE BISHERIGE EG-HILFE IM ÜBERBLICK.....	10
4.1 DIE EG-HILFE 1991-2006.....	10
4.2 WICHTIGE LEHREN FÜR DIE NEUE PROGRAMMIERUNGSRUNDE	12
4.3 KOMPLEMENTARITÄT MIT ANDEREN GEBERN UND KOORDINIERUNG	13
4.4 ABSTIMMUNG DER ENTWICKLUNGSSTRATEGIE DER EG MIT ANDEREN KERNANLIEGEN DER EU-Politik (“policy mix”).....	14
5. DIE STRATEGIE DER EG.....	14
5.1 OBERZIEL	14
5.2 DIE PRIORITÄTEN DER EG-HILFE	15
5.3 INSTRUMENTE UND BEREITSTEHENDE MITTEL	17

ANHÄNGE:

ANHANG 1

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ANHANG 2

DIE UKRAINE IM ÜBERBLICK

ANHANG 3

UMWELTPROFIL DER UKRAINE

ANHANG 4

PRIORITÄTEN ANDERER GEBER, EINGESCHLOSSEN EU-MITGLIEDSTAATEN

ANHANG 5

BEMERKUNGEN ZUM “POLICY MIX” IM KONTEXT DES LSP UKRAINE

ANHANG 6

UKRAINE-HILFE DER EG 1991 - 2006

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Länderstrategiepapier für die Ukraine gilt für die Jahre 2007-2013. Die Ukraine erhält während dieses Zeitraums Hilfe auf der Grundlage des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI), mit dem in den an die EU angrenzenden, an der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) teilnehmenden Staaten die Schaffung eines Raums des Wohlstands und der gutnachbarschaftlichen Beziehungen gefördert werden soll.¹

Seit der so genannten orangenen Revolution Ende 2004 finden in der Ukraine ehrgeizige Reformen statt, mit denen die Verankerung von Demokratie und Marktwirtschaft und ein Heranrücken des Landes an die EU gefördert werden sollen.

Hauptziel der Zusammenarbeit EU/Ukraine sind engere Beziehungen, die das bisherige Niveau übersteigen und in allmähliche wirtschaftliche Integration und engere politische Zusammenarbeit auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich einmünden.

Die hier vorgeschlagene Strategie dient der Unterstützung des umfangreichen ukrainischen Reformprogramms, dessen Ziele an das Partnerschafts- und Kooperationsprogramm vom April 1998 und den Aktionsplan der EU für die Ukraine vom Februar 2005 anknüpfen.

Das Nationale Richtprogramm für 2007-2010 sieht eine Unterstützung dieser Ziele in drei prioritären Bereichen vor:

- a) Entwicklung demokratischer Verhältnisse und verantwortlicher Regierungsführung;
- b) Rechtsreform und Aufbau der Verwaltung;
- c) Infrastrukturentwicklung, namentlich in den Bereichen Verkehr, Energie und Umweltschutz, und enge Zusammenarbeit mit der EIB, der EBWE und anderen IFI.

Dieses Strategiepapier wurde in engen Konsultationen mit den ukrainischen Behörden erstellt und entspricht exakt der eigenen Prioritätensetzung des Landes. Bei der Ausarbeitung des Papiers wurden einige Mitgliedstaaten, sonstige Geber und bürgergesellschaftliche Organisationen konsultiert.

1. DIE ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EG UND DER UKRAINE

1.1. Die übergeordneten außenpolitischen Ziele der EU

Die EU propagiert ihre Vorstellungen von ethischen Normen und ihre Interessen, indem sie weltweit als wirtschaftlicher und politischer Partner in Erscheinung tritt und sich dabei solch unterschiedlicher Instrumente bedient wie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit, der Handelspolitik und überträgt Aspekte ihrer innergemeinschaftlichen Politik auf die Politik gegenüber Drittstaaten.

Die EU ist vor allem bestrebt, Wohlstand, solidarisches Verhalten, Sicherheit und zukunftsfähige Entwicklungsmodelle in aller Welt zu fördern.

¹ Verordnung 1638/2006 (26/10/2006)

Von vorrangiger Bedeutung für die EU ist die Entscheidung über die richtige Dosierung der politischen Strategien. In Anbetracht der genannten Strategieziele der EU im Außenbereich ist unbedingt die Kohärenz aller in der Zusammenarbeit mit der Ukraine eingesetzten Instrumente zu gewährleisten.

1.2. Die Strategieziele der Zusammenarbeit EU-Ukraine

Das von der EU für die Ukraine ausgearbeitete Kooperationskonzept vereint in sich länderspezifische, regionale und globale Strategieziele:

Eine für alle Beteiligten fruchtbare Partnerschaft zur Bewältigung des Transformationsprozesses in der Ukraine

Mit dem PKA vom 1. April 1998 haben die EU und die Ukraine eine Partnerschaft mit folgender Zielsetzung vereinbart: enge politische Beziehungen, für beide Seiten vorteilhafte Handelsaktivitäten und Investitionen sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wissenschaft, Technologie und Kultur. Die Partnerschaft ist vor allem dazu gedacht, die Ukraine auf dem Weg in die Demokratie und Marktwirtschaft zu begleiten.

Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und des Aktionsplans EU-Ukraine

Ziel der ENP – als Konzept entstanden im Kontext der Erweiterung von 2004 – ist es, die Nachbarn der EU und somit auch die Ukraine an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand der EU auch ohne Mitgliedschaft teilhaben zu lassen. Dadurch, dass die EU den Nachbarn eine engere Zusammenarbeit im politischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen Bereich anbietet, will sie das Aufbrechen neuer trennender Gräben in Europa verhindern. Die EU verfolgt damit zudem ein Hauptziel der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003, das darin liegt, die Sicherheit in den angrenzenden Staaten zu erhöhen. Die ENP-Partner erwarten engere Zusammenarbeit, Gelegenheiten an EU-Programmen beteiligt zu werden und Zugang zum EG-Binnenmarkt sowie eine handfeste Unterstützung ihrer politischen und wirtschaftlichen Reformen. In dem im Februar 2005 gemeinsam von der EU und der Ukraine beschlossenen Aktionsplan sind spezifisch auf die Ukraine gemünzte Zielsetzungen enthalten. Die Kommission legte im November 2006 eine Halbzeitevaluierung der Durchführung des Aktionsplans vor.

Aufgaben im Sicherheitsbereich

Mit ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 trägt die EU der Tatsache Rechnung, dass sie als Union von 25 Staaten mit mehr als 450 Mio. Einwohnern und der Erwirtschaftung von einem Viertel des BIP der Welt nunmehr unweigerlich zu einem Akteur von Weltrang avanciert ist.

Eine der wichtigsten Konsequenzen der Europäischen Sicherheitsstrategie ist das Gebot, nunmehr darauf hinzuwirken, dass ihre Nachbarn im Osten und am Südrand des Mittelmeers zu verantwortlich regierten Staaten werden, mit denen die EU eng und erfolgreich zusammenarbeiten kann. Die Strategie enthält zudem ein entschiedenes Bekenntnis zu einer auf echten Multilateralismus gegründeten Weltordnung.

Im Dezember 2001 haben die EU und die Ukraine bereits einen Aktionsplan für den Bereich Justiz und Inneres verabschiedet, in dem Sicherheitsaufgaben umfassend behandelt sind und der in den ENP-Aktionsplan Eingang gefunden hat.²

Ziele der Entwicklungszusammenarbeit

Absolutes Oberziel der Entwicklungszusammenarbeit der EG ist die Besiegung der Armut und damit verbunden die Förderung des verantwortlichen Regierens und der Wahrung der Menschenrechte.³ Die kontextgerechte und auf die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse abgestellte Vorgehensweise ist ein weiteres von der EG mit Nachdruck verfolgtes Prinzip.

In der Liste des Entwicklungshilfeausschusses der OECD rangiert die Ukraine üblicherweise als Transformationsland. Mit einem BNE pro Kopf der Bevölkerung von 1.260 USD (errechnet nach der Atlas-Methode, Stand 2004)⁴ gehört das Land zur unteren Kategorie der Länder mit mittlerem Einkommen und wurde daraufhin im Dezember 2005 in die Liste der Empfänger öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) aufgenommen.

2. DIE INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER UKRAINE IM ÜBERBLICK

2.1. Allgemeine Aspekte

Seit der so genannten orangenen Revolution vom Dezember 2004 und der daran anschließenden Einsetzung von Juschtschenko als Präsident der Ukraine finden wichtige Reformanstrengungen statt, um im Lande Demokratie und Marktwirtschaft fest zu verankern.

Nach eigener Aussage ist die gegenwärtige ukrainische Führung fest entschlossen, den am 21. Februar 2005 von der Ukraine und der EU vereinbarten Aktionsplan dazu zu nutzen, um die Reformziele zu verwirklichen. Ausgehend von diesen Absichtserklärungen lassen sich die Ziele der Ukraine derzeit wie folgt zusammenfassen:

2.2. Innenpolitik

Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse, Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten: Die Ukraine hat sich darauf verpflichtet, Stabilität und Leistungsfähigkeit der Institutionen zu stärken, die die Garanten von Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten sind, um so ganz allgemein die Rechtsstaatlichkeit im Lande zu festigen.

Konsolidierung der Justiz: Die gegenwärtige Regierung hat ihre Absicht bekundet, die Justiz- und Rechtsreform voranzutreiben, um die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu garantieren, ihre

² Der Aktionsplan Justiz und Inneres wird derzeit aktualisiert.

³ Die politischen Grundprinzipien der Entwicklungszusammenarbeit der EU sind in der Erklärung „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ formuliert (siehe: http://europa.eu.int/comm/development/body/development_policy_statement/index_en.htm).

⁴ Hinweis: Das BNE pro Kopf der Bevölkerung (kalkuliert nach der Atlas-Methode) beträgt für 2004, ausgedrückt in KKP, 6.250 USD. Weiterer Hinweis: In den hier angegebenen Zahlen ist der informelle Sektor nicht berücksichtigt, der in der Ukraine sehr bedeutend ist.

Leistungsfähigkeit zu stärken und die Unvoreingenommenheit und Effizienz der Strafverfolgung sicherzustellen.

Wirksame Bekämpfung von Kriminalität und Korruption: Die Regierung hat in ihren Erklärungen die Korruptionsbekämpfung als Priorität bezeichnet. Zu den Zielen des Regierungsprogramms gehören weitreichende wirtschaftliche und soziale Reformen und die Schaffung eines von Wettbewerb gekennzeichneten Marktklimas.

Reform des öffentlichen Sektors: Die Regierung hat ihre Absicht bekundet, eine umfassende Reform des öffentlichen Sektors einzuleiten, die sich sowohl auf die Verwaltung als auch auf die Rechtsvorschriften erstreckt und die notwendig ist, damit der Staat besser regiert werden kann.

Verbesserung des Investitionsklimas: Ein entscheidendes Element im Regierungskonzept zur Förderung des Wirtschaftswachstums ist entschlossenes Eingreifen mit Blick auf die Verbesserung des Investitionsklimas und Stärkung des Vertrauens der Investoren. Weitere Ziele sind eine verbesserte Transparenz, Kalkulierbarkeit und Vereinfachung der Rechtsvorschriften.

Soziale Versorgungsdienste: Die Regierung ist das Engagement eingegangen, weiterhin gegen die Armut vorzugehen, die Sozialversorgungsdienste zu verbessern und die medizinische Versorgung namentlich im Bereich der Infektionskrankheiten mehr und mehr Menschen zugänglich zu machen.

2.3. Außenpolitik

EU-Integration: Die EU-Integration ist ein wichtiges Ziel der Regierung im Bereich der Außenpolitik. 2008 endet die zehnjährige Laufzeit des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) zwischen der EU und der Ukraine. Derzeit sind Vorbereitungen für die Aufnahme von Verhandlungen über ein erweitertes Abkommen in Gange, dessen Kernstück eine Freihandelszone bilden soll und das an die Stelle des PKA treten soll. In der Zwischenzeit schöpft die Ukraine den Aktionsplan EU-Ukraine zwecks weiterer Annäherung an die EU voll aus.

NATO-Beitritt: Die ukrainische Führung strebt einen Beitritt zur NATO an. Die aktuelle Regierung macht den NATO-Beitritt vom positiven Ausgang eines Referendums abhängig. Angesichts des weit verbreiteten Widerstands gegen eine NATO-Mitgliedschaft in der Bevölkerung wird sich der Beitrittsprozess zumindest verzögern. 2005 wurde der verstärkte Dialog NATO-Ukraine eingeleitet.

Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation: Die Ukraine ist sich darüber im Klaren, dass gute bilaterale Beziehungen zur Russischen Föderation wichtig für das Land sind und dass der Nachbar ebenfalls starke politische, wirtschaftliche und soziale Interessen in der Ukraine verfolgt. Die Affäre des Gasabkommens Ende 2005/Anfang 2006 hat erkennen lassen, wie stark beide Staaten aufeinander angewiesen sind und wie wichtig ihre Beziehungen zur EU sind.

Die Rolle der Ukraine in der Region: Die Ukraine bekennt sich klar zu einer konstruktiven Rolle in der Region, namentlich bei der Lösung des die Republik Moldau belastenden Transnistrien-Konflikts und im Zusammenhang mit einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der GUAM-Gruppe.⁵

⁵ Bei GUAM handelt es sich um einen regionalen Zusammenschluss der Staaten Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldau.

Förderung des Handels: Die Handelspolitik ist ein Kernanliegen der Regierung und ihrer Wirtschaftsstrategie. Oberste Priorität ist die rasche Aufnahme in die WTO. Für die Zeit nach dieser Aufnahme plant die Regierung die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über eine Freihandelszone im Rahmen eines erweiterten Abkommens mit der EU.

3. DIE POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

3.1 Die politische Situation

Allgemeine Aspekte

Die politische und sicherheitspolitische Situation der Ukraine wird durch die angrenzenden Staaten Polen, Rumänien, Moldau, Belarus und Russische Föderation mitbestimmt. Seit Auflösung der Sowjetunion und Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 ist der politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluss Russlands stark geblieben. Besonders deutlich wird dies in der Ostukraine, wo der größte Teil der Russen lebt, die rund 20 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen.

Die so genannte orangene Revolution hat den Weg für deutlich engere Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine geebnet und dazu geführt, dass die ukrainische Außenpolitik nunmehr Kurs auf die „europäische Integration“ genommen hat. Die neue Regierung unter Ministerpräsident Janukowytch verfolgt in Bezug auf Europa einen pragmatischen Ansatz und sieht die EU-Integration nicht als unmittelbares, sondern als langfristiges Ziel.

Die innenpolitische Lage

Am 26. März 2006 fanden in der Ukraine die ersten wirklich freien und fairen Parlamentswahlen ihrer Geschichte statt, ein Meilenstein in der demokratischen Entwicklung des Landes. Auf die Wahlen folgte eine schwierige Phase politischer Instabilität. Präsident Juschtschenko akzeptierte die Kandidatur seines Rivalen der Präsidentschaftswahlen 2004 und des früheren Ministerpräsidenten unter Präsident Kutschma (2002-2004), Viktor Janukowitsch, der Anfang August 2006 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Der Versuch im Sommer/Herbst 2006 eine Regierung der nationalen Einheit, bestehend aus der Partei der Regionen von Viktor Janukowitsch und des „Unsere Ukraine“ Blocks von Präsident Juschtschenko, zu bilden gelang nicht.

Die neue Regierung steht daher vor beträchtlichen Herausforderungen und die ersten Monate haben gezeigt, dass die schwierige „cohabitation“ zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten zu erheblichen Spannungen geführt hat. Zudem ist das Land mit einer Reihe kurz- bis mittelfristiger Strukturaufgaben konfrontiert, wozu die Wirtschaftsreformen, die Verwaltungsreformen, die klare Trennung zwischen Politik und Privatinteressen sowie die Lösung der Migrationsprobleme zählen.

Die außenpolitische Lage

Die positiven Entwicklungen seit der orangenen Revolution haben das Bild nachhaltig verändert, das sich das Ausland von der Ukraine macht, und die Beziehungen namentlich zur EU und den USA haben sich verbessert. Die Regierung ist entschlossen, die Integration des Landes in die europäischen Strukturen zu betreiben. Präsident Juschtschenko und Ministerpräsident Yanukowitsch haben betont, dass die Entscheidung der Ukraine für Europa unumkehrbar und die ukrainische Außenpolitik weiterhin auf die Umsetzung des Aktionsplans EU-Ukraine ausgerichtet sei.

Gleichzeitig hält die Regierung an ihrem strategisch-politischen Ziel des EU-Beitritts fest, das in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Die Regierung setzt auch ihre Zusammenarbeit mit der NATO – wenn auch weniger engagiert – fort, hat aber die Frage eines etwaigen NATO-Beitritts vorläufig hintangestellt, da erst das Ergebnis eines Volksentscheids hierzu abgewartet werden soll.

Die Beziehungen zu Russland sind seit der orangenen Revolution schwierig und spitzten sich mit dem Streit um den Gaspreis Ende 2005/Anfang 2006 zu. Der erste Auslandsbesuch von Ministerpräsident Janukowitsch galt Russland. Bei seinem Besuch nahm Janukowitsch an einem informellen Gipfeltreffen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC) teil. Mit der Einigung der Koalitionspartner auf die Abhaltung eines Referendums über den Beitritt der Ukraine zur NATO dürfte es in den Beziehungen zu Russland vorläufig einen Streitherd weniger geben. Zu den ungelösten Streitigkeiten gehören die Grenzziehung und die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte im Hafen von Sewastopol. In letzterer Frage vertritt die Ukraine den Standpunkt, das bilaterale Abkommen nach seinem Ablauf 2017 nicht weiter zu verlängern und für die Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte und die Nutzung der ukrainischen Infrastrukturen Zahlungen zu Marktpreisen zu verlangen.

Im Transnistrienkonflikt hat die ukrainische Regierung neben der EU und anderen Partnern eine Schlüsselrolle gespielt, indem sie versucht hat, zur Lösung des Konflikts beizutragen. Besonders wichtig war dabei die Unterstützung der Ukraine für die EU-Grenzschutzmission (EUBAM), die derzeit an der ukrainisch-moldauischen Grenze im Einsatz ist, und für eine neue Zollregelung mit der Republik Moldau zur Ermutigung transnistrischer Unternehmen, sich in Moldau registrieren zu lassen. Die neue Regierung der Ukraine hat bekräftigt, dass sie sich für EUBAM und die Zollregelung einsetzt.

Die außenpolitische Situation der Ukraine wird auch künftig weitgehend davon abhängen, wie sich die innenpolitische Lage entwickelt. Sofern die Ukraine bei den internen Reformen echte Fortschritte vorzuweisen hat, und sofern sie sich dem europäischen Standard annähert, werden auch die beiderseitigen Beziehungen enger werden.

Ausblick

Mit der so genannten orangenen Revolution hat sich für die Ukraine die einmalige Gelegenheit ergeben, ihre europäischen Ambitionen zu verwirklichen und sich in einen modernen demokratischen Staat zu verwandeln. Die freien und fairen Parlamentswahlen im März 2006 waren ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Erwartungen an die neue Regierung sind im In- und Ausland groß. Es wird ein hartes Stück Arbeit kosten, diesen Erwartungen gerecht zu werden – dazu muss das Land im Inneren zu einem Konsens gelangen und die Reformen ohne Verzug umsetzen, ggf. mit Unterstützung seitens der EG und anderer Geber.

3.2 Die wirtschaftliche Situation und Handelsstruktur

Nach der Unabhängigkeit erlebte die ukrainische Wirtschaft einen dramatischen Einbruch, so dass das BIP real 1999 nur noch bei 41 % des Niveaus von 1990 lag. 2000 begann dann die Erholung der Wirtschaftsleistung, zum einen wegen günstiger externer Umstände und zum anderen wegen einiger Verbesserungen in der Regierungspolitik. Nach einem realen BIP-Wachstum von 9,6 % im Jahr 2003 und rund 13 % im Jahr 2004 war 2004 der Stand von 61 % der Wirtschaftsleistung von 1990 erreicht. Gleichzeitig konnte der Anteil der öffentlichen Verschuldung am BIP, der 1998-99 mehr als 50 % betragen hatte, bis 2004 auf ungefähr 25 % komprimiert werden.

2005 fand diese Entwicklung jedoch ein jähes Ende, als sich die Terms of Trade verschlechterten (steigende Preise für Energieeinfuhren bei stark fallenden Weltmarktpreisen für die ukrainischen Stahlausfuhren) und die unsicheren politischen Rahmenbedingungen die Investitionstätigkeit beeinträchtigten. Das reale BIP-Wachstum ging auf nur 2,6 % gegenüber 12,1 % im Jahr 2004 zurück. 2006 verbesserte sich die Wirtschaftslage allerdings wieder. Der Abwärtstrend beim BIP-Wachstum von 2005 kehrte sich um, und die Wachstumsprognosen für 2006 liegen bei 5 %.

Das Geschehen im Investitionsbereich ist nach wie unberechenbar, wobei vielfach Unklarheit in Bezug auf die Rechtsvorschriften und Gesetze herrscht; der Rechtsvollzug ist zudem inkonsequent und willkürlich. 2005 konnte die Ukraine umfangreiche ausländische Direktinvestitionen (ADI) im Finanzsektor und in der Stahlindustrie ins Land holen. Dadurch erreichten die ausländischen Direktinvestitionen 2005 einen Rekordwert von 7,3 Mrd. USD. Im ersten Halbjahr 2006 beliefen sich die ADI auf 1,7 Mrd. USD. Da jedoch keine nennenswerte Verbesserung des Investitionsklimas eintrat, könnte sich dieser steile Anstieg der ADI als einmaliges Phänomen erweisen. Politischer Handlungsbedarf besteht beispielsweise in folgenden Bereichen: Korruptionsbekämpfung, Einführung eines transparenteren Konzepts für die weiteren Privatisierungen unter uneingeschränkter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, Verabschiedung von Rechtsvorschriften für Aktiengesellschaften, Beseitigung der Inkompatibilitäten zwischen Zivil- und Handelsgesetzbuch und den Gerichtssystemen, allgemeine Verbesserung der Transparenz und Vorhersehbarkeit und weiterer Bürokratieabbau bei Zulassungs- und Kontrollverfahren.

Zwar hat der Handel der EU mit der Ukraine in den letzten Jahren insgesamt zugenommen, doch wuchsen die Importe deutlich stärker als die Exporte. 2005 verkehrte sich die Handelsbilanz ins Negative (-1,1 Mrd. USD), und der Leistungsbilanzüberschuss verringerte sich von 10,5 % des BIP 2004 auf 3 % im Jahr 2005. Die Warenausfuhren erhöhten sich um 5 % (gegenüber 41 % im Jahr 2004) und die Einfuhren um 25 % (26 % 2004). Was die Beteiligung der Ukraine am multilateralen Handelssystem betrifft, hat sich die ukrainische Regierung in den letzten beiden Jahren für die Beschleunigung der Aufnahme des Landes in die WTO eingesetzt, so dass der WTO-Beitritt der Ukraine noch 2006 oder Anfang 2007 möglich sein dürfte.

Im Energiebereich wurde auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine am 1. Dezember 2005 in Kiew eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine gemeinsame Strategie für die schrittweise Integration des ukrainischen Energiemarktes in den EU-Energiemarkt sowie Fahrpläne für die folgenden vier spezifischen Bereiche enthält:

- nukleare Sicherheit,
- Integration der Strom- und Gasmärkte,
- Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung und des Transits von Kohlenwasserstoffen,
- Verbesserung der Effizienz, der Sicherheit und der Umweltstandards im Kohlesektor.

Ferner sind die Ausarbeitung eines Fahrplans für Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen. Die Steuerung der Energienachfrage wurde von der Ukraine nach den Ereignissen Anfang 2006 zu einer der zentralen Prioritäten erhoben. Für jeden der vier Fahrpläne sowie für die Ausarbeitung des Fahrplans über Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger wurden gemeinsame Arbeitsgruppen eingerichtet, an denen Vertreter der Kommission und der ukrainischen Behörden teilnehmen.

3.3 Die Entwicklung im Sozialbereich

Im Bericht über die menschliche Entwicklung von 2005 rangiert die Ukraine auf Platz 78, in dem ihr der Humanentwicklungsindex (HDI) 0,766 zuerkannt wird. Die Leistung der Ukraine in diesem Bereich liegt somit über der aller übrigen an der Europäischen Nachbarschaftspolitik beteiligten Staaten, ausgenommen Israel.

Der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen ist gering, doch 2002 mussten 25,6 % der Bevölkerung unterhalb einer bei 455 USD per annum (derzeit entspricht dies 2.423 Ukrainischen Hryvnia) anzusetzenden Armutsgrenze ihr Leben fristen; bei diesem Personenkreis handelt es sich vor allem um Menschen in kleinen Städten, auf dem Lande und Familien mit kleinen Kindern. Bei starkem Wirtschaftswachstum und vermehrten Ausgaben der Regierung im Bereich der Mindestlöhne und Ruhegehälter ist der Anteil der Armen inzwischen auf rund 20 % zurückgegangen. Dieser an sich positiven Entwicklung steht jedoch keine nennenswerte Zunahme der amtlichen Beschäftigungszahlen gegenüber; es ist der informelle Sektor, der nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Abfederung der sozialen Härten spielt. Das Einkommensgefälle ist gemessen am internationalen Standard gering (bei einem Koeffizienten nach Gini von 0,3). Die schlechte Wirtschaftslage veranlasst die Menschen auf der Suche nach einer Beschäftigung zu erhöhten Anstrengungen. Eine erhebliche Anzahl von Frauen und Kindern wird in dieser Situation Opfer des Menschenhandels und des Sexgeschäfts mit Westeuropa.

Die Bevölkerung ist von 1991 bis 2004 von 51,6 Millionen auf 48 Millionen Einwohner geschrumpft; dies ist das Ergebnis eines dramatischen Anstiegs der Sterberate vor allem bei Männern, eines starken Einbruchs bei den Geburtenraten und erheblicher Nettoabwanderung. Die vor allem bei Männern gestiegene Sterbeziffer ist wesentlich auf die Zunahme von Erkrankungen im Zusammenhang mit Tabak- und Alkoholgenuss zurückzuführen; hinzukommt die Zunahme von Infektionskrankheiten wie Tbc, Diphtherie und Cholera. HIV/AIDS-Infektionen haben sprunghaft zugenommen und betreffen nunmehr 1 % der erwachsenen Bevölkerung, und das ist die höchste Quote in Europa. Eine rasante Zunahme der Infektionen ist auch bei anderen Geschlechtskrankheiten wie Syphilis festzustellen.

Die Müttersterblichkeit geht zwar seit 1992 zurück, ist aber immer noch fünf Mal so hoch wie im EU-Durchschnitt. Die Ukraine hat nach wie vor schwer an der Hinterlassenschaft des GAUs von Tschernobyl im Jahr 1986 zu tragen, durch den zahlreiche Menschen auf Lebenszeit schwer geschädigt wurden. Anlass zu Sorge ist nach wie vor der Umstand, dass die Menschen und vor allem die Ärmsten in der Bevölkerung keinen oder nur erschwerten Zugang zur medizinischen Grundversorgung haben.

Zwar können in der Ukraine 99,6 % (Stand 2002) Lesen und Schreiben, und die Ersteinschulungsquote betrug im Jahr 2002 84 %, doch der Zugang zum Bildungswesen wird im Land nach und nach immer schwieriger, das Unterrichtsniveau nimmt ab, und die Ressourcen werden wenig sinnvoll eingesetzt.

3.4 Die Umweltsituation⁶

Die Ukraine steht im Bereich des Umweltschutzes vor beträchtlichen Herausforderungen. Die Luftverschmutzung ist in gesundheitlicher wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht problematisch. Die Wasserqualität wird durch die Gewässerverschmutzung beeinträchtigt, und die vorhandene Infrastruktur für die Abwassersammlung und -behandlung muss verbessert und ausgebaut werden. Die

⁶ Eine detailliertere Darstellung der Umweltsituation in der Ukraine ist dem Umweltprofil der Ukraine in Anhang 3 zu diesem Länderstrategiepapier zu entnehmen.

Abfallbewirtschaftung einschließlich der Aspekte Vermeidung, Sammlung, Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen ist eine große Aufgabe. Im Bereich des Naturschutzes sind die Entwaldung und der illegale Holzeinschlag wichtige Themen. Die Ukraine ist auch mit grenzüberschreitenden und globalen Umweltfragen wie der Nutzung und dem Schutz gemeinsamer Gewässer oder dem Klimawandel konfrontiert. Die nationale Umweltstrategie der Ukraine betrifft den Zeitraum 1998-2008 und diente als Grundlage für die Entwicklung von Sektorprogrammen für verschiedene Umweltaspekte. Umweltspezifische Rahmenvorschriften sind in vielen Bereichen vorhanden, müssen aber noch weiterentwickelt werden. Bei der Ausarbeitung und Anwendung von Durchführungsbestimmungen besteht noch Handlungsbedarf. Die Ukraine hat Schwierigkeiten bei der Um- und Durchsetzung des Umweltrechts, da es insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene an Verwaltungskapazitäten und entsprechenden Ressourcen fehlt.

4. DIE BISHERIGE EG-HILFE IM ÜBERBLICK

4.1. Die EG-Hilfe 1991-2006

Wichtigster Geber der Ukraine ist die EG. Seit 1991 hat sie Hilfe von nahezu 2,4 Milliarden EUR bereitgestellt. Diese Hilfe wurde im Rahmen des Tacis-Programms (einzelstaatliche, regionale, grenzübergreifende und die nukleare Sicherheit betreffende Komponenten eingeschlossen) als Makrofinanzhilfe, und im Rahmen besonderer, einzelnen Themen gewidmeter Haushaltsartikel wie der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) und der im Rahmen von ECHO geleisteten humanitären Hilfe bereitgestellt.⁷

Nach den Festlegungen des **Länderstrategiepapiers** für die Jahre 2002-2006 lagen die Prioritäten der Hilfe in folgenden drei Bereichen: a) Unterstützung der Reform der Institutionen, des Rechtswesens und des Verwaltungsapparats, b) Unterstützung der Privatwirtschaft und Förderung der Wirtschaftsentwicklung sowie c) Beitrag zur Abfederung der sich aus der wirtschaftlichen Transformation ergebenden sozialen Härten. In den ersten vier Jahren der Laufzeit des LSP (2002-2005) wurden von den verfügbaren Mitteln für die Prioritäten a), b) und c) 43 %, 28 % bzw. 13 % verwendet. Die restlichen 16 % flossen in die „Kleinprojektprogramme“ wie Förderung der Bürgergesellschaft, Zollwesen, Statistik und das Tempus-Programm.

Schwerpunkte der regionalen Zusammenarbeit waren die Sektoren Verkehr (internationale Verbindungen), Energie und die zukunftsfähige Nutzung natürlicher Ressourcen, namentlich Wasser. Die Ukraine hat sich aktiv an der hochrangigen Arbeitsgruppe beteiligt, bei der es um die Verlängerung der großen transeuropäischen Verkehrskorridore in Richtung Nachbarstaaten der EU ging, und hat an den Verkehrs- und Energieministerkonferenzen der Gruppe EU-Schwarzmeer-Kaspisches Meer vom November 2004 in Baku teilgenommen und bei den daran anschließend gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet. Zu den Prioritäten im Bereich Justiz und Inneres gehörten die stärkere Integration der Grenzsicherung, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus sowie Verbesserungen in der Migrations- und Asylpolitik.

⁷ Vgl. Anhang 6, detaillierte Auflistung der zwischen 1991 und 2006 der Ukraine bereitgestellten EG-Hilfe.

Bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit (CBC) standen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der grenznahen Gebiete, die effiziente Grenzsicherung und die zwischenmenschlichen Kontakte im Mittelpunkt; ein wichtiges Förderinstrument war die Kleinprojektfazilität im Rahmen der CBC, die in den **Nachbarschaftsprogrammen (NP)** ihre Fortsetzung fand. Die Ukraine kann an vier solchen Nachbarschaftsprogrammen teilnehmen, und zwar an den Programmen für Polen-Belarus-Ukraine, Slowakei-Ungarn-Ukraine und Rumänien-Ukraine sowie für die CADSES-Länder (Mitteleuropa-Adria-Donabecken-Südosteuropa). Für die Programme Slowakei-Ungarn-Ukraine und Polen-Belarus-Ukraine wurden bereits mehrere Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, Projekte ausgewählt und Verträge geschlossen. Für das CADSES-Programm erging eine erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. Die Projektauswahl fand Mitte 2006 statt. Das bilaterale Programm mit Rumänien befindet sich noch in der Planungsphase. Die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ist für Dezember 2006 vorgesehen.

Die EG unterstützt die Ukraine bei der Erfüllung der mit dem Übereinkommen von Ottawa verbundenen Verpflichtungen durch ein Projekt, das die Vernichtung der rund 6,7 Millionen in der Ukraine gelagerten Antipersonenminen zum Gegenstand hat.

Im Bereich der **nuklearen Sicherheit** hat die EG seit Anfang der neunziger Jahre den Betreiber der ukrainischen Atomkraftwerke Energoatom ausgiebig unterstützt, um die Umrüstung bzw. Modernisierung entsprechend internationalen Sicherheitsstandards zu bewerkstelligen. Für Khmelnytskyi Reaktor 2 und Rovno Reaktor 4 und das dort durchgeführte „Modernisierungsprogramm“ haben Euratom und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung der Ukraine Darlehen gewährt.

Außerdem hat die EG das ukrainische staatliche Komitee für die Regulierung des Nuklearenergiesektors technisch unterstützt. Die EG hat zudem den höchsten Anteil an den Projekten, die zur Reparatur und Instandsetzung von Tschernobyl durchgeführt werden: Sie leistet entweder direkte Finanzhilfe, oder sie stellt Mittel bereit, die von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung verwaltet werden (Fonds für nukleare Sicherheit und Fonds für die Einsargung des KKW Tschernobyl). Der letztgenannte Fonds wurde 1997 eingerichtet und dient dazu, die Umsetzung des Plans zur Einsargung des beschädigten Reaktors Nr. 4 umzusetzen, um so der von Tschernobyl ausgehenden Umweltverseuchung ein Ende zu setzen. Die Gesamtkosten der aus diesem Fonds zu finanzierenden Projekte machen mehr als 1 Mrd. USD aus. Das Programm nukleare Sicherheit im Rahmen des Tacis-Programms hat ebenfalls bereits mehrere Projekte in Tschernobyl finanziert; eines der auf diese Weise finanzierten Projekte betraf den Industriekomplex für die Entsorgung von festen radioaktiven Abfällen.

Die auf dem Gipfel EU-Ukraine im Dezember 2005 für die Zusammenarbeit im Energiesektor unterzeichnete Vereinbarung, bei der die im Gange befindlichen Arbeiten berücksichtigt wurden, enthält auch eine Vereinbarung über die Durchführung einer Bewertung der Sicherheit der ukrainischen KKW bis Ende 2006. Bei dieser Generalüberprüfung wird festzustellen sein, inwieweit die Ukraine in Bezug auf nukleare Sicherheit bereits internationalen Standard erreicht hat; bei dieser Bewertung wird es darum gehen, zusätzlichen Handlungsbedarf zu identifizieren, was auch eine Bewertung des evtl. Finanzbedarfs einschließt.

Die EG leistet zudem einen jährlichen Beitrag zum **Ukrainischen Zentrum für Wissenschaft und Technologie**, bei dem es sich um eine zwischenstaatliche Organisation handelt, die von mehreren Geberländern eingerichtet wurde, die bestrebt sind, die Weitergabe von Technologie und Wissen im

Zusammenhang mit der Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Seit 1994 hat dieses Zentrum rund 845 Projekte und 12.500 Wissenschaftler gefördert.

4.2. Wichtige Lehren für die neue Programmierrunde

Die Kommission hat kürzlich eine Gesamtevaluierung des Programms Tacis⁸ vorgenommen. Die Evaluierung der Situation der Ukraine im Zusammenhang mit dem Länderstrategiepapier wurde bereits 2003 abgeschlossen. Die darin ausgesprochenen wichtigsten Empfehlungen finden bereits im aktuellen nationalen Richtprogramm 2004-2006 Berücksichtigung und sind auch für die neue Programmierrunde relevant.

Die vorgenannten Evaluierungsberichte kommen zu dem Schluss, dass die Hilfe im Rahmen des Tacis-Programms bislang in hohem Maße **relevant** war und den Bedürfnissen entsprach. Vor allem in den ersten Jahren lief das Tacis-Programm jedoch nach einem Konzept des von oben nach unten gerichteten Handelns ab. Das war zum Teil die Konsequenz der Notsituation in den Transformationsländern, in denen es vor allem zunächst darum ging Institutionen aufzubauen; andererseits war dieser Zustand auch darauf zurückzuführen, dass die Behörden in den Transformationsländern sich nur unzureichend mit dem Transformationsvorgang identifiziert haben. In der Ukraine scheint dies weniger problematisch gewesen zu sein als in anderen über das Tacis-Programm geförderten Ländern. Ferner kommen die Evaluierungsberichte zu dem Schluss, dass die nationalen Richtprogramme tendenziell viel zu sehr ins Detail gingen, wodurch die Möglichkeiten begrenzt waren, Projekte sich verändernden Bedarfssituationen anzupassen.

Bei der laufenden neuen Programmierrunde wird die EG das Schwergewicht auf die Bestimmung der strategischen Prioritäten und die Festlegung der Programmziele legen und sich weniger mit spezifischen Aktivitäten bzw. mit Mechanismen der Durchführung befassen. Die Behörden der einzelnen Staaten haben von Anfang an Teil an dem Prozess; dank des klarer umrissenen politischen und strategischen Rahmens, den die Europäische Nachbarschaftspolitik und der Aktionsplan EU-Ukraine bieten, ist bei den ukrainischen Behörden bereits ein größeres Engagement und eine stärkere Identifikation mit den Programmaktivitäten erkennbar.

Die Tacis-Evaluierung ergab, dass das Programm durch eine große Anzahl **isolierter Projekte der technischen Hilfe** gekennzeichnet ist, namentlich im Bereich der institutionellen und administrativen Reformen. Solche Einzelprojekte waren oft erfolgreich⁹, doch die **Auswirkungen auf den jeweiligen Sektor und auf die gesamtstaatliche Strategie** bleiben wegen fehlender Kontinuität und fehlender kohärenter Langzeitplanung in dem jeweiligen Sektor **begrenzt**. Bei der Bewertung der Landesstrategie im Jahr 2003 kam man bereits zu einem ähnlichen Ergebnis, ebenso wie bei der Evaluierung zum Themenkreis verantwortliche Regierungsführung, bei der die Ukraine eines der eingehender überprüften Länder war.

Bei den bereits zuvor von Tacis in der Ukraine geförderten Schlüsselbereichen verweisen die Evaluatoren auf den J&I-Bereich, in dem die Projekte gut koordiniert und dank der J&I-

⁸ Der vollständige Bericht der Tacis-Evaluierung ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/comm/europeaid/evaluation/document_index/2006/728_docs.htm

⁹ Eine eingehende Prüfung der Berichte zur begleitenden Beobachtung von Projekten in der Ukraine in den Jahren 2002-2005 bestätigt dies - solche Projekte erreichten auf der vierstufigen Bewertungsskala (A-D) insgesamt die Bewertung 2,8, was deutlich über dem Mittelwert von 2,5 liegt.

Erfolgskontrolle in zufriedenstellender Weise der begleitenden Beobachtung unterzogen wurden. Problematisch scheinen dagegen die Wirkung der Projekte im Gesundheitssektor und die Zukunft der erreichten Ergebnisse zu sein, hauptsächlich wegen Verzögerungen bei der Umsetzung von Pilotprojekten und aufgrund des ungewissen Engagements der Politik in diesem besonderen Bereich. Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung war die EG-Hilfe besonders dann erfolgreich, wenn es um Lösungen im Zusammenhang mit geschäfts- und investitionsfördernden Regulierungsmaßnahmen ging. Diese Einschätzung wird durch die im Oktober 2005 durchgeführte Evaluierung der Förderung der Entwicklung des Privatsektors in Drittstaaten durch die EG bestätigt, die zu dem Schluss kommt, dass die EG über einen größeren komparativen Vorteil verfügt, wenn sie im makroökonomischen und institutionellen Bereich tätig wird, und dass ihr komparativer Vorteil geringer ist, wenn es um Interventionen auf den Finanzmärkten geht. Der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Initiativen vor Ort (im Rahmen des Partnerschaftsprogramms Verwaltungsaufbau) gelten als Erfolge, nicht zuletzt, weil dieses Programm in der Handhabung flexibler war als größere Projekte.

Die hier aufgeführten Bewertungen einzelner Sektoren wurden bei der Entscheidung über künftige Schwerpunktbereiche der in der Ukraine geleisteten EG-Hilfe in vollem Umfang berücksichtigt. Prioritäten des Aktionsplans für die Ukraine sind J&I-Angelegenheiten sowie die Reform der Rechtsvorschriften, und diese Schlüsselbereiche werden auch den Kern der künftigen EG-Hilfe ausmachen. In den Bereichen verantwortliches Regieren sowie Justiz- und Verwaltungsreform wird die künftige Hilfe an die bislang geleistete beträchtliche Arbeit anknüpfen können, doch gleichzeitig wird man bestrebt sein müssen, die Wirkung dadurch zu erhöhen, dass man künftige Maßnahmen stärker integriert und ihnen größere Kohärenz verleiht.

4.3. Komplementarität mit anderen Gebern und Koordinierung

Einige Geber und darunter auch EU-Mitgliedstaaten reduzieren ihre Präsenz in der Ukraine zwar, doch zahlreiche Geberorganisationen sind im Lande nach wie vor aktiv.

Die wichtigsten dieser Geber sind neben der EG die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, das UNDP, USA und Kanada sowie die EU-Mitglieder Deutschland, Schweden, Vereinigtes Königreich, Dänemark, Polen und die Slowakei. Die EIB hat ebenfalls Maßnahmen in der Ukraine eingeleitet.

Die Geberaktivitäten konzentrieren sich auf die Bereiche verantwortliches Regieren, Wirtschaftsreform und Wirtschaftsentwicklung sowie Reform des sozialen Sicherungsnetzes. Die Weltbank und die EBWE sind außerdem besonders im Bereich der Infrastrukturentwicklung tätig.¹⁰

Die EG ist in allen oben genannten Bereichen in unterschiedlichen Graden tätig. Im Sinne der hier vorgestellten Strategie wird sich die EG-Hilfe auch künftig auf den Themenbereich verantwortliches Regieren und die die wirtschaftlichen Reformen begleitenden Regulierungsmaßnahmen konzentrieren. Die Förderung des Infrastrukturbereichs wird in Zusammenarbeit mit der EIB, der EBWE und anderen IFI weiter ausgebaut. Im Bereich der sozialen Reformen liegt der Schwerpunkt der Förderung im Bereich des Strukturwandels und zielt auf Harmonisierung mit EG-Standard. Die EG trägt wesentlich zum globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV, AIDS, TBC und Malaria bei und wird auch den Kampf gegen HIV/AIDS in der Ukraine weiter unterstützen.

¹⁰ Vgl. Anhang 4, weitere Einzelheiten zu den Geberaktivitäten.

Die Ukraine hat kürzlich ihre Bemühungen zur besseren Koordinierung der Geber durch die Regierung verstärkt, und es wurden verschiedene sektorspezifische Arbeitsgruppen aus Vertretern der Regierung und der Geber eingerichtet. Die EK-Delegation in Kiew organisiert regelmäßig Koordinierungsgespräche mit anderen Gebern, auch im Zusammenhang mit der hier vorgeschlagenen Strategie. Außerdem finden häufig informelle Kontakte vor allem zu einzelnen Sektorfragen statt.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Koordinierung müssen während der Geltungsdauer der hier vorgeschlagenen Strategie noch gesteigert werden, da die EG *unter anderem* auch vor dem Hintergrund der im März 2005 in Paris eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf Effizienz und Harmonisierung der Hilfe mehr und mehr dazu übergeht, Hilfe im Rahmen einer sektorumspannenden Programmförderung bereitzustellen, und dazu gehören „Poolfinanzierung“ ebenso wie ggf. Budgetförderung.

4.4. Abstimmung der Entwicklungsstrategie der EG mit anderen Kernanliegen der EU-Politik (“policy mix”)

In die Beziehungen zur Ukraine spielt eine Reihe anderer Strategien und politischer Zielsetzungen der Gemeinschaft hinein, weshalb es auf die richtige Dosierung der Strategie ankommt. In diesem Zusammenhang sind vor allem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Grenzsicherungs- und Migrationspolitik, die Handels-, Energie- und Verkehrspolitik sowie das Problem der sich über Staatsgrenzen hinweg ausbreitenden Umweltbedrohungen zu nennen. In Anhang 5 wird die Frage der richtigen Dosierung der EG-Politik im Einzelnen diskutiert.

5. DIE STRATEGIE DER EG

5.1. Oberziel

Hauptziel der Zusammenarbeit EU-Ukraine sind engere Beziehungen, die das bisherige Niveau übersteigen und in allmähliche wirtschaftliche Integration und engere politische Zusammenarbeit auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich einmünden.

Die während der Laufzeit dieser Strategie von der EG geleistete Hilfe zielt zu diesem Zweck auf eine Unterstützung der ehrgeizigen Reformen der Ukraine, mit denen Demokratie und Marktwirtschaft im Lande fest verankert und ein Heranrücken an die EU gefördert werden sollen. Als wichtigster Geldgeber verfügt die EG über die erforderlichen Einflussmöglichkeiten und kann damit einen nennenswerten Beitrag zur Verwirklichung der Reformen leisten. Hinzukommt, dass die meisten Geldgeber verstanden haben, dass der EG aufgrund der europäischen Aspirationen der Ukraine eine besondere Rolle zufällt und richten folglich ihre Aktivitäten mehr und mehr an den strategischen Zielen des Aktionsplans EU-Ukraine aus.

5.2. Die Prioritäten der EG-Hilfe

Die Prioritäten für die EG-Hilfe wurden in erster Linie auf der Grundlage der strategischen Ziele des gemeinsam von der EU und der Ukraine vereinbarten Aktionsplans ausgewählt. Diese Ziele des Strategiepapiers entsprechen den sechs Kapiteln des Aktionsplans.

Diese Prioritätensetzung gilt für sämtliche aktuellen und eventuell geplanten Instrumente und Programme zur Unterstützung der Ukraine.

Politikdialog und Reformen im politischen Bereich

Schwerpunkt der zu diesem Kapitel geleisteten EG-Hilfe sind die Stärkung der demokratischen Verhältnisse, Förderung des verantwortlichen Regierens, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte. Hierher gehören auch die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, Unterstützung bei der Entstehung einer Zivilgesellschaft sowohl im sozialen als auch im wirtschaftlichen Bereich.

Im Zusammenhang mit einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik gilt die besondere Aufmerksamkeit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Abrüstung, auch im konventionellen Bereich; ferner geht es um die Abwendung von Konfliktsituationen und den Umgang mit Krisen wie beispielsweise die Lösung des zwischen der Ukraine und der Republik Moldau schwelenden Transnistrienkonflikts.

Wirtschafts- und Sozialreform sowie wirtschaftliche Entwicklung

Die Unterstützung dient der festen Verankerung der Marktwirtschaft in der Ukraine. Das schließt eine schrittweise Harmonisierung der Gesetze und Vorschriften an das EG-Recht und einen wirksamen Rechtsvollzug ein und bedeutet auch die Verbesserung des Investitionsklimas durch Gewährleistung von Transparenz, Kalkulierbarkeit der Rahmenbedingungen und Vereinfachung der Verfahren. Die EG-Hilfe gilt zudem der Unterstützung der Reformen im Sozialbereich, der Förderung der Annäherung an die sozialen Normen der EU, womit gleichzeitig ein Beitrag zur Reduzierung der Armut und zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Ukraine geleistet wird. Wichtig in diesem Zusammenhang sind zudem der Abbau des Regionalgefälles und die Verbesserung der Entwicklungskapazitäten auf kommunaler Ebene sowie die Schaffung der Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung, die zudem als Zielsetzung Eingang in sämtliche relevanten sektoralen Strategien finden muss.

Reformen in den Bereichen Handel, Markt und Regulierung

Die EG unterstützt die Reformen des Markts und der den Handel regelnden Vorschriften und hat dabei bereits die Aufgaben im Blickfeld, mit denen sie in der für die Zeit nach der Aufnahme in die EU geplanten Freihandelszone mit der EU konfrontiert sein wird.

Diese Aufgaben werden in den Bereichen Zollrecht und Zollverfahren, technische Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertung, Pflanzen- und Tiergesundheit, Niederlassungs- und Gesellschaftsrecht, Finanzdienstleistungen und Finanzmärkte, Steuern, Wettbewerb, Verbraucherschutz, gesetzlicher und verwaltungstechnischer Rahmen für mittelständische

Unternehmen, Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum, öffentliches Auftragswesen und Statistik zu bewältigen sein.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, bürgerliche Freiheiten und Sicherheit

In dem zwischen der EU und der Ukraine am 10. Dezember 2001 verabschiedeten Aktionsplan für den Bereich Justiz und Inneres sind die Bereiche der Zusammenarbeit in Fragen der Justiz, der bürgerlichen Freiheiten und der Sicherheit festgelegt. Die EG-Hilfe findet schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen statt: a) Migrations- und Asylpolitik, b) Grenzsicherung einschließlich Rückübernahme, c) Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus sowie d) Justiz und Rechtsstaatlichkeit. Die EG-Hilfe ist dazu gedacht, die institutionellen Reformen und den Verwaltungsaufbau voranzubringen und dazu beispielsweise eine gründliche Modernisierung des Justizapparats, die lückenlose Angleichung der Grenzüberwachung und des Asylwesens an EU-Standard und den verstärkten Kampf gegen Geldwäsche unterstützen.

Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft und Umweltschutz

Absoluten Vorrang in den Sektoren Verkehr, Energie, Informationsgesellschaft und Umweltschutz hat der Ausbau der administrativen Kapazitäten, die für die Formulierung und Umsetzung von sektorbezogenen Strategien und für die Konvergenz mit den einschlägigen Strategien der EU und ihrer Gesetzgebung erforderlich sind.

Die im Energiesektor geleistete EG-Hilfe dient als Beitrag zur Umsetzung der anlässlich des Gipfeltreffens EU-Ukraine am 1. Dezember 2005 unterzeichneten Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Energiesektor; in der Vereinbarung sind vier spezifische Aktionsfelder ausgewiesen.¹¹ Die Förderung dient auch zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und zur Entwicklung neuer bzw. erneuerbarer Energiequellen.

Bei der Unterstützung des Verkehrswesens liegt das Schwergewicht auf einer Verbesserung der Effizienz, der Verbesserung der Sicherheit und der Sicherheit der Verkehrsvorgänge und der Weiterentwicklung des intermodalen Verkehrs.¹² Betroffen sind davon der Landverkehr und der Zivilluftverkehr (im Zivilluftverkehr wird zurzeit daran gearbeitet, die Ukraine in die Strukturen der europäischen Luftverkehrsorganisation zu integrieren) sowie die Sicherung des See- und Binnenschiffahrtverkehrs und die Sicherheit im See- und Luftverkehr; für die genannten Bereiche sind Schulungsmaßnahmen vorzusehen.

Unterstützung ist ferner im Schienenverkehr erforderlich, wo es darum gehen wird, die Interoperabilität zwischen der Ukrainischen Bahn und dem Bahnnetz der EU herzustellen. Zur Förderung stehen zudem folgende Bereiche an: Vorbereitungen im Hinblick auf Investitionen in ausgewählte große grenzüberschreitende Verkehrskorridore und die gründliche Bewertung von Infrastrukturprojekten. Die Unterstützung der Infrastrukturentwicklung wird davon abhängig zu machen sein, dass die Ukraine die einschlägigen sich aus dem EG-*Acquis* ergebenden Auflagen erfüllt. Bereitzustellen wären ferner

¹¹ Bei den vier in der gemeinsamen Vereinbarung genannten spezifischen Tätigkeitsfeldern handelt es sich um Folgendes: a) nukleare Sicherheit in den in Betrieb befindlichen ukrainischen KKW's, b) Integration der Strom- und Gasmärkte, c) Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung und des Transits von Kohlenwasserstoffen durch die Ukraine sowie d) Verbesserung der Effizienz, der Sicherheit und der Umweltstandards im Kohlesektor.

¹² Dies entspricht den Empfehlungen der Hochrangigen Arbeitsgruppe zur Verlängerung der trans-europäischen Verkehrskorridore in Staaten und Regionen außerhalb der Europäischen Union und es steht im Einklang mit den von den Arbeitsgruppen im Anschluss an die Verkehrsministerkonferenz von Baku im November 2004 gesetzten Prioritäten.

Fördermaßnahmen im Bereich Ausbildung und Forschung, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, Nutzen aus den Navigationssystemen GALILEO und EGNOS zu ziehen, um auf diese Weise die Verkehrsströme im Inland und über die Landesgrenzen hinweg und die Überwachung der Beförderungen zu erleichtern, ohne aufwendige Investitionen in die Bodeninfrastruktur zu tätigen.

Im Umweltschutz wird die Unterstützung vor allem dazu dienen, die Umsetzung multilateraler Umweltschutzübereinkommen zu ermöglichen, wobei es namentlich um die praktische Umsetzung der Bestimmungen des Protokolls von Kyoto und des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen zum Klimawandel geht. Vorgesehen sind ferner Aktivitäten im Bereich der Verbesserung der Wasserqualität, beispielsweise durch Umsetzung der einschlägigen Komponente der Wasserinitiative der EU, Abfallentsorgung, Anwendung von Risiken, die durch die Industrie verursacht werden und Naturschutz.

Was die Informationsgesellschaft anbelangt, so sollen hier nicht nur wie oben bereits erwähnt die Strategieformulierung, der Kapazitätenaufbau und Regulierungsaspekte einschließlich Einrichtung einer Regulierungsbehörde unterstützt werden, sondern gefördert werden soll auch der Einsatz der neuen Technologien der Informationsgesellschaft und die Inanspruchnahme von Online-Diensten durch die Wirtschaft, die Verwaltung und den einzelnen Bürger.

Kontakte auf der Ebene der Bürger

Für eine stärkere Verankerung der Demokratie, für die Wahrung des sozialen Friedens und für die Stärkung der Wettbewerbskraft der Wirtschaft ist die Unterstützung der Reform und der Modernisierung des Bildungswesens mit Blick auf eine Annäherung an die Standards und Praktiken der EG von entscheidender Bedeutung. Das schließt einen Ausbau der Beteiligung an Programmen wie Tempus und Jugend in Aktion, eine Ausweitung der Möglichkeiten für ukrainische Staatsbürger, an Austauschprogrammen wie Erasmus Mundus teilzunehmen und eine Sondierung der Möglichkeiten einer kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen der EG-Programme ein. Für die Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit wird von Bedeutung sein, dass das Land die im Oktober 2005 verabschiedete UNESCO-Konvention über die Pflege und Förderung der kulturellen Vielfalt ratifiziert, da diese Konvention das Fundament für eine solche Zusammenarbeit abgibt.

Als Beitrag zu einer zukunftsfähigen und ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung der Ukraine ist auch eine Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit von Bedeutung, und dazu zählt eine verstärkte Mitarbeit im Forschungsbereich (7. Rahmenprogramm F&E, gemeinsame Forschungsprojekte, das internationale Mobilitätsprogramm für Wissenschaftler „Marie Curie“ sowie praktische Lehrgänge an den sieben Instituten der Generaldirektion Gemeinsames Forschungszentrum).

5.3. Instrumente und bereitstehende Mittel

Ab 2007 stehen für die EG-Hilfe eine Reihe neuer Instrumente zur Verfügung. Das ENPI mit seinen einzelstaatlichen und länderübergreifenden/regionalen, grenzübergreifenden und thematischen Komponenten ist dabei das wichtigste neue Instrument zur Unterstützung der Ukraine; daneben kommen für Bereiche wie Konfliktvermeidung, Krisenverwaltung und Krisenbeilegung auch das künftige Stabilitätsinstrument und für den Bereich nukleare Sicherheit das zugehörige spezifische Instrument zum Einsatz.

Diese neuen Instrumente der Drittländshilfe bringen vermehrte Flexibilität, so dass die EG-Hilfe für die Ukraine nicht mehr nur nahezu ausschließlich über die TH abgewickelt wird.

Wie aus dem Aktionsplan EU-Ukraine hervorgeht, spielen die neuen Instrumente der Kooperation wie beispielsweise die Partnerschaften („Twinning“) und TAIEX eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Prioritäten des Aktionsprogramms. Diese und andere Formen der Hilfe (Finanzierung von Infrastruktur und Ausrüstung, Finanzierung über Sammelfonds und Budgethilfen, auch im Zusammenhang mit sektorbezogenen Maßnahmen) kommen von Fall zu Fall und je nach Opportunität zum Einsatz.

Zinszuschüsse und andere Möglichkeiten der Kombination von Zuschüssen und Darlehen können zu Investitionen internationaler Finanzierungsinstitutionen in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr beitragen. Wenn Zinszuschüsse ins Auge gefasst werden, ist in jedem Einzelfall zu prüfen, inwieweit sie sachdienlich sind, wobei auch darauf zu achten ist, dass größere Marktverzerrungen vermieden werden. Im Umweltsektor gehören zu den einschlägigen Bereichen die Wasserbewirtschaftung, die Abfallbewirtschaftung und die industrielle Verschmutzung. Im Energiesektor kommen die Bereiche erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz in Frage. Investitionen in die Energieinfrastrukturen und –netze sollten angesichts ihrer finanziellen Rentabilität grundsätzlich auf kommerzieller Basis erfolgen. In Ausnahmefällen jedoch, wenn die EU ein besonderes Interesse hat (vor allem wenn es um die Sicherheit der Energieversorgung geht) und es sich als schwierig erweist, ein Projekt auf den Weg zu bringen, können gezielte Zinszuschüsse oder andere Möglichkeiten der Kombination von Zuschüssen und Darlehen auch für bestimmte Investitionsprojekte in Betracht gezogen werden. Im Verkehrssektor sollen sich Zinszuschüsse oder andere Mischformen der Unterstützung darauf konzentrieren, die Bereitstellung von Mitteln für einschlägige Infrastrukturen von strategischer Bedeutung zu fördern, z. B. für grenzübergreifende Maßnahmen zur Verbesserung oder Vervollständigung prioritärer Verkehrsachsen.

Die Kooperationsinstrumente „Twinning“ und TAIEX werden bereits im Zuge der derzeit in der Ukraine durchgeführten Tacis-Maßnahmen eingeführt, namentlich zur Unterstützung der ukrainischen Behörden bei der Ausarbeitung kohärenter Sektorstrategien. Die Mitwirkung der Ukraine in den ihr offen stehenden Programmen, Organisationen und Netzen wird gegebenenfalls unterstützt. Mit dem präziser formulierten ENP-Aktionsplan wird es möglich sein, der EG-Hilfe in spezifischen Sektoren mehr Substanz zu verleihen.

Querschnittsthemen wie Menschenrechte, Gleichstellung (gender) und Umweltschutz werden soweit möglich Eingang in die Planung sämtlicher Programme finden. Die vorangehenden Kapitel des Länderstrategiepapiers enthalten detaillierte analytische Informationen zu diesen Themenbereichen.

Länderspezifische Mittelausstattung im Rahmen des ENPI

Die ENPI-Dotierung für die Ukraine konzentriert sich auf drei Prioritäten, die von der EU und der Ukraine auf der Basis gemeinsam ausgewählter Strategieziele festgesetzt wurden; in diesen Bereichen verfügt die EG aufgrund von Erfahrungen mit bereits zuvor geleisteter Hilfe über komparative Vorteile und ergänzt andere Geber:¹³

¹³ Die Prioritäten 1 und 2 umfassen die Themen aller sechs Kapitel des Aktionsplans EU-Ukraine. Priorität 3 bezieht sich vor allem auf die Kapitel 4 und 5 des Aktionsplans („Justiz, bürgerliche Freiheiten und Sicherheit“ sowie „Verkehr,

Priorität 1: Unterstützung der demokratischen Entwicklung und des verantwortlichen Regierens

Teilpriorität 1: Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Bewirtschaftung der öffentlichen Finanzen

Teilpriorität 2: Rechtsstaatlichkeit und Justizreform

Teilpriorität 3: Menschenrechte, Entwicklung der Bürgergesellschaft und der kommunalen Selbstverwaltung

Teilpriorität 4: Bildung, Wissenschaft und Kontakte auf Ebene der Bürger

Priorität 2: Unterstützung der Reformen im Bereich der Regulierung und Aufbau von Verwaltungskapazitäten

Teilpriorität 1: Handelsförderung, Verbesserung des Investitionsklimas und Unterstützung der Sozialreform

Teilpriorität 2: Aspekte sektorspezifischer Rechtsvorschriften

Priorität 3: Unterstützung der Infrastrukturentwicklung

Teilpriorität 1: Energie (ohne Kernenergie)

Teilpriorität 2: Verkehr

Teilpriorität 3: Umweltschutz

Teilpriorität 4: Grenzsicherung und Migration einschließlich Rückübernahme

Das länderübergreifende/regionale Programm des ENPI (Ost)¹⁴

Die regionale Komponente des ENPI trägt zur Verwirklichung der Ziele dieser Strategie bei, wobei es um einige Prioritäten geht, die für die Ukraine ebenso wie für die Region relevant sind und die somit eine gemeinsame Umsetzung erfordern und die regionale Wirkung zeigen werden.

In erster Linie geht es hier um die Sektoren **Verkehr** (Ausbau der transeuropäischen Verkehrskorridore in Richtung der Nachbarstaaten der EU, in Einklang mit den Empfehlungen der Hochrangigen Arbeitsgruppe und der Transportministerkonferenz vom 14. November 2004 in Baku und der im Anschluss daran gebildeten Arbeitsgruppen), **Energie** (im Gefolge der Energieministerkonferenz vom 13. November 2004 in Baku sind in diesem Sektor sämtliche regionalen Aspekte erfasst, namentlich was die Harmonisierung der Energiemärkte, den Erdöl- und Erdgastransit, die Stromversorgung, die Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger sowie Erleichterungen bei Investitionen in Energieprojekte von allseitigem Interesse angeht) und **Umweltschutz** (im Vordergrund stehen hier *unter anderem* die regionale Dimension der Wasserinitiative der EU, regionale Aspekte des Schutzes und der zukunftsfähigen Bewirtschaftung der Wälder, die regionale Zusammenarbeit in den regionalen Meeren und Gewässern und die Einhaltung multilateraler Übereinkommen).

Energie, Informationsgesellschaft und Umweltschutz“). Das NRP 2007-2010 wird detaillierte Angaben für die ersten vier Jahre der Anwendung der Strategie enthalten.

¹⁴ Näheres zum ENPI-Regionalprogramm Ost in einem gesonderten Programmierungsdokument.

Größere Wirkung lässt sich in bestimmten Bereichen der Grenzsicherung und **der Migrationspolitik, der Bekämpfung grenzübergreifender organisierter Kriminalität und im Zollbereich** erzielen, wenn zu den einzelstaatlichen Maßnahmen in den genannten Bereichen Maßnahmen auf regionaler Ebene hinzukommen. Ferner werden sich Möglichkeiten für regionale Aktivitäten bei der Zusammenarbeit der **mittelständischen Unternehmen** und **der bürgergesellschaftlichen Organisationen** ergeben. Schließlich wird auch Unterstützung bei der Vernichtung von Antipersonenminen, explosiven Kampfmittelrückständen, Kleinwaffen und leichten Waffen gewährt.

Das regionale Programm des ENPI (Ost) sollte auch die Entwicklung regionaler Kooperationsinitiativen (wie GUAM und BSEC) fördern. Zu diesem Zweck sollten finanzielle Hilfen für spezielle Projekte in Übereinstimmung mit den Prioritäten des Programms erwogen werden.

ENPI-Programm für sämtliche zu diesem Instrument zugelassenen Nachbarstaaten¹⁵

Unter dem allgemeinen ENPI-Programm sind Aktivitäten zusammengefasst, für die es aus Gründen der Kohärenz, Wahrnehmbarkeit und administrativen Effizienz wünschenswert ist, dass sie für sämtliche Nachbarstaaten in derselben Weise umgesetzt werden – Beispiele dafür sind TAIEX, TEMPUS und das neue Stipendienprogramm

Grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des ENPI (ENPI-CBC)¹⁶

Wie bereits in Kommissionsmitteilungen¹⁷ und der ENPI-CBC-Strategie 2007-2013 gesagt dienen diese Programme vier Oberzielen, und zwar a) der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den grenznahen Gebieten, b) der Zusammenarbeit zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben namentlich in den Bereichen Umweltschutz, öffentliche Gesundheit sowie Verhinderung bzw. Bekämpfung von organisierter Kriminalität, c) effiziente Grenzsicherung und d) Förderung von Kontakten und Austausch auf der Ebene der Bürger.

Die im Rahmen der einzelnen Programme zu verwirklichenden spezifischen Ziele werden jeweils unter Berücksichtigung der Lage vor Ort von den ENPI-CBC-Programmpartnern gemäß ihren lokalen Prioritäten festgelegt. Für die Verwaltung der Programme sind ebenfalls die lokalen Programmpartner gemeinsam zuständig.

Mit den Programmen können Projekte jeder Art unterstützt werden, angefangen von kleinformatischen lokalen Initiativen unter Beteiligung der örtlichen Selbstverwaltung und nichtstaatlichen Organisationen bzw. zivilgesellschaftlichen Organisationen bis hin zu großdimensionierten Projekten, bei denen auf regionaler und in den einzelnen Staaten auf nachgeordneter Ebene Partner in großer Zahl beteiligt sind. Das ENPI-CBC-Programm ermöglicht außerdem grenzübergreifende Investitionen.

Die Ukraine wird an vier ENPI-CBC-Programmen teilnehmen: an drei Programmen an Landgrenzen (1. Polen-Ukraine-Belarus, 2. Ungarn-Slowakei-Rumänien-Ukraine und 3. Rumänien-Ukraine-Moldau) und am multilateralen Schwarzmeerprogramm.

¹⁵ Näheres zum allgemeinen ENPI-Programm in einem gesonderten Programmierungsdokument.

¹⁶ Näheres zum ENPI-Programm für grenzübergreifende Zusammenarbeit in einem gesonderten Programmierungsdokument.

¹⁷ Siehe insbesondere KOM(2003) 393 endg. vom 1. Juli 2003 („Schaffung der Voraussetzungen für ein neues Nachbarschaftsinstrument“).

Instrument zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten (EIDHR II)

Das EIDHR-Instrument zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten in der Welt steht weiterhin zur Verfügung. Wie in der Vergangenheit erhält die Ukraine Unterstützung durch dieses separate Instrument, vor allem im Rahmen umfangreicherer Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für mehrere Länder oder Regionen. Die Ausarbeitung der Einzelheiten erfolgt in einem gesonderten Programmierungsprozess. Für die vollständige Komplementarität der Maßnahmen mit der Unterstützung aus der länderspezifischen ENPI-Mittelausstattung wird gesorgt.

Thematische Programme¹⁸

Ab 2007 stehen fünf thematische Programme¹⁹ zur Verfügung. Davon wird das Programm „Migration und Asyl“ (zuvor Aeneas) für die Ukraine von besonderer Relevanz sein. Weitere für die Ukraine potenziell relevante thematische Programme sind „Menschliche und soziale Entwicklung – Investitionen in die Menschen“ und „Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einschließlich Energie“. Da in allen genannten Bereichen jedoch auch eine Unterstützung aus dem nationalen, regionalen oder grenzübergreifenden ENPI-Programm vorgesehen ist, kommen zusätzliche thematische Aktivitäten nur dann in Frage, wenn ein eindeutiger Mehrwert garantiert ist.

Das Instrument Nukleare Sicherheit²⁰

Nach 2006 wird die EG-Hilfe im Bereich der nuklearen Sicherheit über ein neues Instrument abgewickelt. Erwartungsgemäß werden weiter sicherheitstechnische Verbesserungen der KKW's, die Regulierungsbehörde für den Nuklearbereich, Verbesserungen der Entsorgung von Kernabfällen und Maßnahmen zur Sicherung und Instandsetzung des KKW-Standorts Tschernobyl.

Das Stabilitätsinstrument

Mit dem Stabilitätsinstrument soll die Möglichkeit geschaffen werden, wirksam, rechtzeitig und in flexibler integrierter Weise auf Krisensituationen, sich anbahnende Krisen oder chronische politische Instabilität zu reagieren.

Im Falle der Ukraine gewinnt dieses Instrument Aktualität in dem Transnistrienkonflikt, durch den nach wie vor die territoriale Unversehrtheit der Republik Moldau und die Sicherheit der Ukraine in Frage gestellt werden. Die Ukraine bemüht sich seit kurzem erneut, der Republik Moldau bei der Bereinigung dieses Konflikts zu helfen. Künftige Bemühungen dieser Art könnten aus den Mitteln dieses Instruments für politische Sicherheit unterstützt werden.

¹⁸ Die für ein jedes der thematischen Programme bereitzustellenden ENPI-Mittel werden auf der Grundlage eines einzigen Programmierungsdokuments programmiert. Für die vollständige Komplementarität mit den Maßnahmen im Rahmen der nationalen, regionalen und grenzübergreifenden Komponente wird gesorgt.

¹⁹ 1) Migration und Asyl, 2) menschliche und soziale Entwicklung, 3) nichtstaatliche Akteure und örtliche Behörden in der Entwicklung, 4) Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einschließlich Energie sowie 5) Ernährungssicherheit.

²⁰ Für das Instrument Nukleare Sicherheit werden gesonderte Programmierungsdokumente erstellt.

Für die Ukraine möglicherweise ebenfalls wichtige Maßnahmen könnten im Schutz der Zivilbevölkerung vor den Folgen von nicht geräumten Antipersonenminen, nicht zur Explosion gebrachten Bomben und Sprengkörpern jeder Art liegen. Derartige Maßnahmen können entweder aus den Mitteln des Stabilitätsinstruments oder aus den der Ukraine bzw. der Region im Rahmen des ENPI bereitgestellten Mitteln gefördert werden.

Die künftig von der EG dem Zentrum für Wissenschaft und Technologie in der Ukraine zur Verfügung zu stellenden Beiträge werden voraussichtlich ebenfalls aus den Mitteln des Instruments für politische Stabilität geleistet.

List of abbreviations and acronyms

AP	Action Plan (also: EU-Ukraine Action Plan)
CADSES	Central European Adriatic Danubian South-Eastern European Space
CBC	Cross-Border Cooperation
CEP	Country Environment Profile
CFSP	Common Foreign and Security Policy
CSP	Country Strategy Paper
DAC	Development Assistance Committee
FTA	Free Trade Agreement
GUAM	Georgia, Ukraine, Azerbaijan and Moldova (regional organisation)
EIB	European Investment Bank
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECHO	European Commission Humanitarian Aid Office
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights
ENP	European Neighbourhood Policy
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
FDI	Foreign Direct Investment
FTA	Free Trade Area
GDP	Gross Domestic Product
GNI	Gross National Income
HDI	Human Development Index
IBPP	Institution Building Partnership Programme
IFIs	International Financial Institutions
JHA	Justice and Home Affairs
JFS	Justice, Freedom and Security
MoU	Memorandum of Understanding
NGO	Non-Governmental Organisation
NIP	National Indicative Programme
NPP	Neighbourhood and Partnership Programme
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
RIP	Regional Indicative Programme
RSP	Regional Strategy Paper
STCU	Science and Technology Centre in Ukraine
SWAP	Sector-Wide Approach
TAIEX	Technical Assistance Information Exchange Unit
UAH	Ukrainian Hryvnia (national currency)
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNDP	United Nations Development Programme
WTO	World Trade Organisation

ANNEX 2

UKRAINE at a Glance

Land area 579,350 km ²	Population 47.1 million (2005)	Population density 83 per km ²
Population of main town Kyiv: 2,611,000 (2001) compared to 2,595,000 (1989)		
Annual population change (% per year)		
2000: -0.8	2001: -0.8	2002: -0.8
2003: -0.7	2004: -0.7	2005: -0.7

Sources:

2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006

State Statistics Committee of Ukraine



Economic Indicators

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
GDP per capita growth (annual %)	6	9	5	9	12	3
GDP (PPP) per capita in US \$	4076,468	4601,881	4924,931	5312,395	5663,513	6045,464
GDP per capita, current prices (US \$)	632,447	776,904	874,854	1028,286	1182,850	1291,398
GNI per capita, Atlas method (US\$)	690	720	780	970	1,260	1,520
Exports of goods and services (% of GDP)	62	55	55	58	61	54
Imports of goods and services (% of GDP)	58	54	51	55	54	53
Inflation % CPI	28	12	1	5	9	13.5
Debt service (% of exports of goods and services)	10	7	5	6	6	..
Cash surplus/deficit (% GDP)	-1	-1	0	0	-3	..

Sources: 2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006

IMF World Economic Outlook Database

International Financial Statistics service of the International Monetary Fund

Selected Social Indicators

	2000	2001	2002	2003	2004
Adult literacy rate over 15s %	99.6	99.6	99.6	..	99.4
Primary school enrolment (% net)	81	82	84
Secondary school enrolment (% net)	89	84	85
Life expectancy at birth	68	..	68	68	68.2
Underweight children <5 (%)	3	3	3	3.2	..
<5 mortality rate (per 1,000 live births)	21	20	20	20	18
Maternal mortality rate (per 100,000 live births)	35	25	18	22	13
1-year-olds fully immunized (against measles, %)	..	99	99	99	99
1-year-olds fully immunized (against tuberculosis, %)	..	99	98	98	..
Births supervised by trained personnel (%)	99	99	100	100	100
Households with access to improved water source (%)	98
Reported new cases of HIV	6,216	7,009	8,761	10,013	12,494
Unemployment rate (ILO definition)	11.7	11.1	10.1	8.7	..

Sources:

2006 World Development Indicators, The World Bank, Washington DC, April 2006
 World Bank Report on socio-economic impact of HIV/AIDS in Ukraine, May 2006
 UNDP Human Development Reports
 UNAIDS Country Progress Report for Ukraine, 2006

Ukraine - Country Environment Profile

1) State of the environment

The key environmental issues in Ukraine relate to air quality, water quality, waste management, nature protection and radiation contamination in the north-eastern part of the country.

Air pollution is becoming a health and social problem. With regard to **water quality**, the Dniepro which supplies three quarters of Ukraine's fresh water is heavily polluted. The Crimea suffers from water supply shortages. International cooperation to address environmental concerns in the Azova Sea and the Black Sea areas needs to be enhanced. Existing waste water collection and treatment infrastructure needs to be upgraded and new capacity constructed. **Waste management** is a serious problem, including prevention, collection, treatment, recovery and final disposal. Large amounts of hazardous waste have been generated, in particular mining waste. **Industrial pollution** is a challenge, in view of the historical pollution sources and the inefficient use of resources as well as emissions into air, water and the waste generated by the industrial installations. As regards **nature protection**, deforestation and illegal logging are giving rise to economic and health costs.

Current **trans-boundary environmental issues** include the use and protection of shared waters – in particular the Danube River and the Black Sea. The Danube is a heavily utilised resource. It supports drinking water supply, irrigation, industry, fishing, tourism, power generation and navigation. It is frequently also the point of final disposal for wastewater. Severe problems with water quality and quantity have resulted, and biodiversity in the region is diminishing. The Black Sea is subject to similar problems, the most serious of which are wastewater discharges, oil pollution in coastal areas and a loss of biodiversity, including fish stocks.

As regards **global environment issues**, Ukraine has shown keen interest in climate change, in particular the possibilities to use the flexible mechanisms under the Kyoto Protocol, which Ukraine ratified in April 2004. Ukraine has entered into a binding commitment to freeze its greenhouse gas emissions at the 1990 reference level by 2008–2012, and therefore needs to implement the relevant provisions of the Protocol.

2) Environment policy

In 1998 Ukraine drafted a National Strategy for the Environment to cover the period 1998-2008. It was amended in 2003 and has been the basis for developing sectoral programmes on key environment issues such as environmental safety (including nuclear energy), drinking water and construction or rehabilitation of water facilities, prevention of deterioration of the Black Sea, sustainable management of natural resources, environment technologies and protection of biological and landscape diversity. The Strategy is currently being reviewed.

3) Environmental legislation and implementation

Ukraine adopted the Framework Law on Environment Protection in 1991. Since then it has adopted several pieces of legislation to aim at convergence with EU *acquis*.

With regard to **horizontal issues**, Ukrainian legislation contains provisions on environment impact assessment, but these are not always implemented and enforced. Concerning access to information and public participation, Ukraine has been seeking to incorporate the provisions of the Aarhus Convention into its national legislation.

In the case of **air quality**, framework legislation is in place, but monitoring procedures and equipment need to be improved. In the area of **waste management**, adoption of a new law on waste is under consideration. Mechanisms for implementation are also lacking. Further implementation mechanisms are needed to address **water quality** problems, as in some regions water quality needs considerable improvement. In the field of **nature protection**, a law on ecological networks has been adopted. Legislation on integrated industrial permits is under consideration.

A draft law aiming at integrating environmental considerations into all sectoral policies is under consideration.

Overall, environment legislation is in place in most areas but still needs further development. Implementing legislation is not yet fully developed and applied. Ukraine faces difficulties with implementation and enforcement of environment legislation due to limited administrative capacities and financial resources, especially at regional and local levels.

4) Administrative capacity

In September 2003 the Ministry of the Environment and Natural Resources was split into the Ministry of Protection of the Natural Environment of Ukraine and the State Committee for Natural Resources. The former is in charge of environment protection, the latter of rational use of natural resources. During 2005 the State Committee for Natural Resources was liquidated and its staff and functions were transferred to the Ministry of Protection of the Natural Environment. Other ministries, such as the Ministry of Health, are also responsible for environment-related matters.

The Ministry of the Environment and Natural Resources has branch offices at regional level, called State Departments for Environment Protection. The Government established an inter-departmental commission on environment monitoring in 2001.

In order to enhance strategic planning, implementation and enforcement of environment legislation, the major challenge facing Ukraine is to strengthen administrative capacity at national, regional and local levels, including coordination between the relevant authorities.

5) Participation in regional and international processes

Ukraine has ratified the relevant **international and regional conventions** (including the Espoo and Bern Conventions) to which it is signatory, with the exception of the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants (POPs) and the following protocols of the UN-ECE Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution: Protocol on Persistent Organic Pollutants; Protocol on Heavy Metals; Protocol on Further Reduction of Sulphur Emissions; Protocol concerning the Control of Emissions of Volatile Organic Compounds or their Transboundary Fluxes.

Ukraine is a member of the **Danube-Black Sea (DABLAS) Task Force**, which provides a platform for cooperation between IFIs, donors and beneficiaries on water protection and water-related issues concerning the Danube and the Black Sea. The main aim is to encourage a strategic focus to the use of

financing, and to coordinate action between all financial instruments operating in this region. Ukraine is also a member of the **International Commission for the Protection of the Danube River (ICPDR)**, which is identifying the work necessary to implement the EU Water Framework Directive – with the aim of keeping water in good ecological and chemical condition – across the whole of the basin.

Ukraine is also participating in the **“Environment for Europe” process**, which is a multilateral framework created in 1989 to steer the process of raising environmental awareness in the countries of Central and Eastern Europe, emerging from the old regimes and moving closer to the EU. The core activities of this process are undertaken by a Task Force co-chaired by the Commission and an NIS environment minister.

Ukraine is participating in the Eastern Europe, Caucasus and Central Asia regional component of the **EU Water Initiative**, a regional component of the EU Water Initiative as announced at the 2002 World Summit on Sustainable Development. The initiative aims to promote better water governance and coordination between stakeholders.

The **EU-Ukraine Working Group on Climate Change** met for the first time in 2002 and held its second meeting in July 2005.

Work is under way to establish a **Regional Environmental Centre (REC)** to help to address environment issues in Ukraine and neighbouring countries by promoting cooperation between various stakeholders at national and local levels, including NGOs, governmental bodies, local communities and the business sector. The REC would also aim to promote public participation in the environmental decision-making process.

6) Key areas of the environment where action is required

Ukraine faces significant challenges to promote environment protection. Key areas include air quality, water quality, waste management, nature protection and radiation contamination in the north-eastern part of the country.

As regards climate change, Ukraine needs to implement the relevant provisions of the Kyoto Protocol to the UN Framework Convention on Climate Change. Ukraine has significant possibilities to use flexible mechanisms under this Protocol.

The institutional and administrative capacity needs strengthening, in particular as regards strategic planning, implementation and enforcement. A fully operational Regional Environment Centre (REC) could help to promote environmental awareness and protection by providing a forum for cooperation between the Government, civil society/NGOs and the private sector.

The key environment areas where action is required are identified in the environment section of the EU-Ukraine Action Plan established in the framework of the European Neighbourhood Policy. It defines a set of priorities for action with regard to environmental governance, issue-specific activities as well as on international and regional cooperation on environment issues. Progress towards implementing the Action Plan will also contribute to fulfilling the objectives of the Partnership and Cooperation Agreement.

Priorities of other donors, including Member States

Member States and the EIB

From the **EU-27** Sweden, the United Kingdom (UK), Denmark, Germany, the Netherlands, the Slovak Republic and Poland provide assistance to Ukraine.

Sweden (SIDA) has just adopted its new assistance strategy for Ukraine covering the period 2005-2008. Funding during this period is set to double from around €9 million to €13-17 million a year towards the end of the period covered by this strategy. Sweden's bilateral assistance will focus on strengthening democracy, economic and social reform and the environment. Participation in large, sector-wide, multi-donor programmes is encouraged under the new strategy.

The **UK** (DFID) is presently providing assistance (approximately £6.5 million per annum) at both regional and national levels in a range of areas: social protection, economic development and regeneration, community and civil society engagement, HIV/AIDS and public administration reform. The DFID is reviewing its development programme in Ukraine and will be revising its focus and level of engagement over the period 2006-2008.

Denmark provides bilateral assistance to Ukraine through targeted programmes. For the period 2004-2007, approximately € 5,3 million have been allocated to Ukraine covering the sectors: free and independent media, combating human trafficking and strengthening civil society. The contribution to Ukraine is expected to increase over the next couple of years to support the reform process through cooperation with both the authorities and NGOs. A project to support the reform of the public sector in Ukraine is under preparation.

Germany has developed intensive bilateral cooperation with Ukraine since the beginning of the 1990s to help strengthen democracy, the rule of law and market economy reforms. From 1993 to 2004, the Federal Government granted Ukraine support totalling approximately €15 million under its TRANSFORM programme. The budget for 2005/2006 is € 48 million. Priority fields are energy (production and transmission) as well as the development of small and medium business. Moreover, Technical Assistance is granted to support administrative reforms and prevention of HIV/AIDS.

The Netherlands provides support to Ukraine through the MATRA programme, designed to promote social transformation in Central and Eastern Europe. (MATRA is a Dutch acronym for "social transformation".) Within MATRA the most important areas in Ukraine are healthcare, the environment, human rights/minorities and the media. A total of more than €16 million has been committed to Ukraine since 1994.

Assistance of the **Slovak Republic** to Ukraine since 2004 has aimed at building the capacities of civil society and think-tanks including in the Eastern Regions of the country and promoting independent media. Support was also provided to support the transformation of structures of local self-governance and for election monitoring. Micro-grants (for a total value of SKK 1 million, with a threshold of SKK 200,000 per grant) were provided through the diplomatic mission in Kyiv. The provision of assistance to Ukraine by the Slovak Republic is determined mainly by the "Proposal for Slovakia's assistance to

Ukraine in the implementation of the objectives of the EU-Ukraine Action Plan”, approved by the Slovak government in October 2005 and based on the priorities of the EU-Ukraine Action Plan.

Poland provides assistance to Ukraine of approximately €3-4 million per annum, in particular in the following areas: public administration reform, support for local government and economic reforms.

Ukraine is also now eligible for **European Investment Bank (EIB) lending** from the EIB envelope for Russia, Ukraine, Moldova and Belarus over the period 2005/2006. Following the ratification of the EIB Framework Agreement in February 2006, work has started on establishing a viable loan portfolio. Projects will focus on public infrastructure in the areas of transport, energy, the environment and telecommunications. For the period 2007-2013 a new EIB mandate is currently being negotiated within the EU.

Other donors, including IFIs

A new **EBRD** Strategy for Ukraine was approved in June 2005. The EBRD will focus its operations on helping to improve the business climate and the competitiveness of the private sector, strengthening the capacity of the financial sector and supporting the restructuring and modernisation of Ukraine’s transport, energy and municipal and environmental infrastructure.

The **World Bank (WB)** operates on the basis of its Country Assistance Strategy (CAS) for 2004-2007 which targets seven long-term objectives, including macroeconomic and financial stability, poverty reduction, human development and environmental sustainability. A CAS Progress Report was published in May 2005.

The UNDP is currently preparing its Country Programme Action Plan for 2006-2010. Focal areas are likely to include democratic governance and access to justice, prosperity and human security and energy and environment for sustainable development. Ongoing UNDP activities are focusing on three clusters related to prosperity, governance and the environment. The UNDP is also implementing a Community Development Programme in Crimea and the Chernobyl region.

Ukraine has been a leading recipient of **US technical assistance**, which since Ukraine’s independence has totalled more than USD 3.3 billion. Total US assistance planned for 2005 is about USD 111 million, of which approximately USD 79 million will be provided through the Freedom Support Act (FSA). US assistance is focusing on support for market-based economic reforms and on strengthening democratic governance, the rule of law and civil society. Enhanced regional security and non-proliferation goals are also targeted. Ukraine is now eligible under the Threshold Programme of the Millennium Challenge Corporation (MCC) where actions will focus on anti-corruption measures. Full-fledged MCC assistance is likely to become available in 2007.

The **Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria** is a leading player in the fight against HIV/AIDS in Ukraine. The EC is a major contributor to the Global Fund which has released funding totalling USD 67 192 109 for phase two of its activities in Ukraine.

Ukraine is the only priority country for **Canadian assistance** in Eastern Europe. Annual funding totals approximately US\$ 15 million with a focus on good governance and civil society, civil service reform, SME development and agriculture.

The **Council of Europe, OSCE, Japan and Switzerland** also provide assistance to Ukraine.

“Policy mix” considerations in the context of the Ukraine CSP

In the context of **Common Foreign and Security Policy (CFSP)** Ukraine is becoming an increasingly important partner for the EU. This is exemplified by a significant number of cases where the Ukrainian government has aligned itself with Joint EU Declarations on foreign policy issues. The EU and Ukraine also cooperate on conflict prevention and resolution issues, as in the case of the Transnistria conflict in Moldova.

As regards **conventional disarmament**, Ukraine has inherited from the former Soviet Union an estimated stock of 6 million **anti-personnel landmines (APL)**, 7 million **small arms and light weapons (SALW)** and 2 million tonnes of **ammunition** from the Second World War. The country has asked for EU and international (Canadian, NATO and OSCE) assistance with APL, SALW and ammunition stocks. The government of Ukraine has linked its ratification of the Ottawa Convention (mine-ban treaty) to receipt of international financial assistance.

JFS cooperation with Ukraine is ever closer. A fundamental overhaul of the judiciary, stronger border management, reinforcing cooperation and capacity in the fight against organised crime and terrorism, and developing an asylum system fully in line with European standards are key issues in this sector. A visa facilitation and re-admission agreement has been initialled at the EU-Ukraine Summit in Helsinki in October 2006. . There are plans to negotiate an agreement with Eurojust.

In terms of the **migration situation**, Ukraine is both a source of and a transit country for illegal migrants to the EU. It must be noted, however, that a considerable number of migrants from the Commonwealth of Independent States (CIS) first enter the EU legally and do not become illegal until they overstay their visas. Migrants to Ukraine come not only from neighbouring countries such as Russia, Moldova and Belarus but also from Asian countries such as China, Pakistan and Vietnam. Estimates regarding the total number of illegal migrants vary widely; according to the United Nations there could be as many as 6 million. Ukraine is seeking to address the issue with EC support from the Tacis programme. Further EC assistance will be available under the new ENPI.

In the field of **development policy** Ukraine is committed to combating poverty in line with the Millennium Development Goals and is being supported in these efforts by EC assistance.

Concerning **trade policy**, the EU is a vocal supporter of Ukraine’s ambition to join the WTO as soon as possible. Bilateral WTO negotiations with the EU have already been completed. The EU also committed itself to an early start of negotiations on a Free Trade Agreement (FTA), once Ukraine has joined the WTO. Over recent years trade-related technical assistance, *inter alia* in the field of customs procedures and legislation, has been an important component of EC assistance to Ukraine and it will continue to be under this strategy.

With regard to **energy policy**, Ukraine is a key strategic partner for the EU in order to secure and diversify energy supplies. Ukraine is a key transit country for oil and gas supplies, with 40% of the EU’s natural gas imports crossing the Ukraine network. The EU and Ukraine are therefore considerably stepping up their cooperation in the field of energy, as is testified by the “Memorandum of Understanding on cooperation in the field of energy between Ukraine and the EU” that was signed at the EU-Ukraine Summit of 1 December 2005. Energy-related cooperation will be a key component of

the EC's assistance strategy to Ukraine not only under the regional but also under the national allocation for Ukraine.

In the case of **transport**, Ukraine together with other Eastern European countries has been constructively involved in the High Level Group for the extension of the TEN-T corridors. The EC has a strategic interest in supporting the eastward extension of the TEN-T corridors and will continue to provide support to this end, in close collaboration with the EIB and EBRD. Such support will be subject to full compliance with the relevant requirements of the EU *acquis*. The EC is also interested in further developing cooperation to ensure that the transport systems are efficient, interoperable, safe and secure. Closer relations in the aviation sector are of particular interest.

As regards **environment protection**, global and trans-boundary environment threats like climate change affect Ukraine as well as the EU. Both parties are committed to implementing the Kyoto Protocol and the UN Framework Convention on Climate Change. Ukraine has the potential to become an important market for emission reduction projects under the Kyoto Protocol. The EC is currently providing support in this area on a regional basis and envisages follow-up measures under future assistance programmes. Ukraine could also become a major supplier of renewable energy sources (biofuel). In addition, Ukraine is an important partner for the EU in the framework of the EU Water Initiative in order to address management and ecological protection of shared waters like the River Danube and the Black Sea. In this field too follow-up support to ongoing operations is envisaged.

The development of the Information Society is of particular significance for growth and employment of modern economies. The EU has an interest in supporting Ukraine in its efforts to capitalise on the information society via the implementation of the e-Ukraine programme. The support actions need to take into account the results of the 2003 and 2005 World Summits on the Information Society (WSIS).

EC assistance to Ukraine, 1991-2006 (in €million)*

	1991 -1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Total
<i>TACIS National Programme</i>	407**	38.6	48	43	47	50	70	88	100	891.6
<i>TACIS Nuclear Safety (incl. Chernobyl Shelter Fund and UKR G7 Action Plan)***</i>	304.3	50.3	3.5	69.4	44	46.6	34.3	28.4	40.3	621.1
<i>TACIS Cross-border Co-operation****</i>		5.2	1	5.5	0.5	3	3	18	4	40.2
<i>TACIS Regional Programme****</i>		3.7	6	9.1	10.5	6	6	8.7	tbc	50.0
<i>Fuel gap</i>	-	-	25	20	20	-	-	-	-	65
<i>ECHO (humanitarian assistance)</i>	12	6.3	1.3	0.9	0	-	-	-	-	20.5
<i>Macro-financial assistance (loan)</i>	565	-	-	-	110	-	-	-	-	675
<i>Human rights (EIDHR)</i>		0.2	-	1.3	0.6	0.6	0.5	1.8	0.95	5.95
<i>Migration (AENEAS)</i>	-	-	-	-	-	1.3	-	1.5	tbc	2.8
<i>Anti-landmines</i>	-	-	-	-	-	-	7.0	-	-	7.0
<i>Contribution to STCU</i>		3	4.5	4	4	4	4	5.5	5	34.0
Total	1288.3	107.3	89.3	153.2	236.6	111.5	124.8	151.9	150.3	2413.2

* 2006 figures indicative and not available for each item

** Overall figure for technical assistance in 1991-98 (mostly Tacis) Source: AIDCO A/1

*** Includes both national projects and estimated share of multi-country projects, 2005 and 2006 Chernobyl allocations still subject to possible modifications.

**** Estimated pro-rata share for Ukraine in cross-border and regional programmes.